



Rathaus Umschau

Donnerstag, 26. September 2013

Ausgabe 184

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Meldungen	3
› Geschwister-Scholl-Preis an Otto Dov Kulka	3
› Matthias Lilienthal ab 2015 Intendant der Münchner Kammerspiele	5
› Vergabe der städtischen Theater- und Tanzförderung	6
› Josephsplatz: Bäume müssen dem Baufortschritt weichen	8
› Interkulturelles Festival Ander Art auf dem Odeonsplatz	8
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung	10
› Wahl-Nachlese mit Professor Dr. Heinrich Oberreuter	10
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 10	11
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 15	12
› Vortrag „Meine erste Eigentumswohnung“ im Bauzentrum	13
› Ausstellung im Jüdischen Museum München	14
› Podiumsdiskussion: Kinder brauchen Bücher	14
› Multimedia-Installation von Erin Leland in der Galerie Weltraum	15
Antworten auf Stadtratsanfragen	16
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise

Wiederholung

Freitag, 27. September, 11 Uhr, Festsaal des Alten Rathauses

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der städtischen Tagesheime findet ein Festakt für Fachpublikum und geladene Gäste statt. Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Festrede, im Anschluss spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe. Musikalisch umrahmt wird die Festveranstaltung von der Städtischen Sing- und Musikschule.

Im Foyer des Alten Rathauses werden an diesem Tag Teile der Ausstellung gezeigt, die ansonsten bis 29. November im Verwaltungsgebäude des Referats für Bildung und Sport in der Bayerstraße 28 von Montag bis Freitag von 9 bis 19 Uhr öffentlich zu sehen ist.

Wiederholung

Freitag, 27. September, 13 Uhr, Odeonsplatz

Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet das Ander Art Festival – das interkulturelle Groß-Event während des Oktoberfests. Ander Art stellt die urbanen und zeitgenössischen Aspekte einer kulturell reichhaltigen Gesellschaft ins Zentrum. Genres, Stile und Generationen stehen im lebhaften Miteinander, Tradition und Moderne im Austausch.

(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung

Freitag, 27. September, 9 Uhr, Kulturhaus Trudering, Wasserburger Landstraße 32

Zur Fachtagung „Familienangebote – Prävention und Unterstützung von Anfang an“ spricht Stadtrat Christian Müller (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Die vom Stadtjugendamt München veranstaltete Fachtagung bietet Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten und Perspektiven früher Förderung auszutauschen und sich der gemeinsamen Planungsverantwortung für die weitere Entwicklung in München zu stellen. Die Herausforderungen, die mit der Gestaltung von guten und gerechten Bedingungen des Aufwachsens verbunden sind, sollen diskursiv aus Sicht der Zielgruppen und der Kinder- und Jugendhilfe herausgearbeitet und in den Foren weiter auf den Münchner Kontext bezogen werden.

Montag, 30. September, 11.30 Uhr, Peter-Winter-Straße 25

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Constanzia Adam im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.



Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr,

Jüdisches Museum München, St.-Jakobs-Platz 16

Eröffnung der Ausstellung „Treten Sie ein! Treten Sie aus! Warum Menschen ihre Religion wechseln“: Grußworte sprechen Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums München, und Hannes Sulzenbacher, Kurator der Ausstellung.

(Siehe auch unter Meldungen)

Achtung Redaktionen: Die Pressekonferenz zur Ausstellung findet am Montag, 30. September, um 11 Uhr im Foyer des Jüdischen Museums München statt.

Meldungen

Geschwister-Scholl-Preis an Otto Dov Kulka

(26.9.2013) Der Kulturausschuss der Landeshauptstadt München und der Vorstand des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V. haben beschlossen, den mit 10.000 Euro dotierten Geschwister-Scholl-Preis 2013 an Otto Dov Kulka für sein Buch „Landschaften der Metropole des Todes. Auschwitz und die Grenzen der Erinnerung und der Vorstellungskraft“ zu vergeben.

Mit dem gemeinsam vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels/Landesverband Bayern e.V. und der Landeshauptstadt München vergebenen Geschwister-Scholl-Preis wird jährlich ein Buch ausgezeichnet, das von geistiger Unabhängigkeit zeugt und geeignet ist, bürgerliche Freiheit, moralischen und intellektuellen Mut zu fördern und dem verantwortlichen Gegenwartsbewusstsein wichtige Impulse zu geben.

Die Jury begründete ihren Vorschlag wie folgt:

„Der Geschwister-Scholl-Preis 2013 soll Otto Dov Kulka für sein Buch Landschaften der Metropole des Todes (DVA) verliehen werden. Otto Dov Kulka wurde 1933 in der Tschechoslowakei geboren, er lernte gleichzeitig die deutsche und die tschechische Sprache, seit 1949 lebt er in Israel, inzwischen ist er emeritierter Professor für die Geschichte der Juden an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Er hat über Jahrzehnte die Verbrechen der Nationalsozialisten erforscht und bemerkenswerte Studien dazu vorgelegt. Dass er als Kind nach Auschwitz deportiert worden war, machte er nie zum Thema seiner Arbeit. Nun, im Alter von 80 Jahren, hat Kulka das erschütternde Buch Landschaften der Metropole des Todes veröffentlicht, in dem er seinen Erinnerungen an Auschwitz nachgeht, zugleich

aber klarstellt, dass eine zusammenhängende Rückschau auf seine Erfahrungen im Konzentrationslager für ihn nicht möglich ist. Kulka betrachtet wie von außen seine Kindheitstage in Auschwitz, ruft Szenen ab, fragt nach deren Bedeutung, legt sich aber nicht fest auf eine Deutung, sondern umkreist, hinterfragt seine eigenen Bilder und Analysen. Mit dieser eindrucksvollen Erzählweise macht Kulka sichtbar, dass es für die monströsen Verbrechen von Auschwitz nicht die eine, fassbare Erklärung gibt, sondern dass es immer bei der Frage nach dem Warum bleiben wird. Die Frage nach dem Warum aber ist nötig, Erkenntnis ist möglich, auch dies macht Kulka deutlich, indem er seine Leser auf seine Suche nach Bildern und Deutungen mitnimmt und ihnen die Mechanismen von Gewalt und Ausgeliefertsein vor Augen führt.

Landschaften der Metropole des Todes ist somit kein klassisches Erinnerungsbuch, sondern eine Reflexion über die Chancen und Grenzen des Erfassens und Verstehens und eine schmerzliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Gedächtnis. In einer Zeit, in der sich die Frage nach der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Ermordung der Juden Europas neu stellt, ehrt die Jury des Geschwister-Scholl-Preises mit Otto Dov Kulka einen herausragenden Forscher und einen Schriftsteller, der mit seinen Landschaften der Metropole des Todes zu einem mutigen Selbst-Erforscher und einem Erkunder der Abgründe des Menschlichen geworden ist. Kulkas Buch wirkt beim Leser nach und schafft es mit seinen Erinnerungsbildern, die Wahrnehmung der Vergangenheit zu verändern und somit neue Impulse für die Gegenwart zu geben. Es ist ein ebenso unkonventionelles wie ergreifendes Zeugnis, das es niemandem leicht macht und dem viele Leser zu wünschen sind.“

Der Jury unter dem Vorsitz von Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Dr. Jörg Platiel, Vorsitzender des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V., gehörten 2013 an: Susanne Beyer (Der Spiegel), Dr. Carolin Emcke (Publizistin), Professor Dr. Martin H. Geyer (Ludwig-Maximilians-Universität/Historisches Seminar), Dr. Ina Hartwig (Publizistin), Michael Krüger (Hanser Verlag), Professor Dr. Ulrich Raulff (Deutsches Literaturarchiv Marbach), Thomas Rathnow (DVA), Klaus G. Saur (Verleger), Dr. Johan Schloemann (Süddeutsche Zeitung) und Cornelia Zetzsche (Bayerischer Rundfunk) sowie von Seiten des Stadtrates Dr. Reinhard Bauer (SPD), Marian Offman (CSU) und Dr. Florian Roth (Die Grünen/Rosa Liste). Beratende Mitglieder waren neben Dr. Hildegard Kronawitter (Weiße Rose Stiftung e.V.) die Stadtratsmitglieder Dr. Reinhold Babor (CSU) und Regina Salzmann (SPD).

Die Verleihung des Preises findet im Rahmen des Literaturfests München (6. bis 24. November) am Montag, 18. November, um 19 Uhr in der großen



Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München statt (geschlossene Veranstaltung). Eine öffentliche Lesung ist für Dienstag, 19. November, um 19 Uhr in der Buchhandlung Lehmkuhl, Leopoldstraße 45, geplant. Nähere Informationen beim Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Abteilung 1/Literatur, Katrin Dirschwigl, Telefon 2 33-2 11 96, unter E-Mail katrin.dirschwigl@muenchen.de und beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V., Stefanie Endres, Telefon 29 19 42 41, unter E-Mail endres@buchhandel-bayern.de oder im Internet unter www.geschwister-scholl-preis.de. Informationen zum Literaturfest sind unter www.literaturfest-muenchen.de abrufbar.

Matthias Lilienthal ab 2015 Intendant der Münchner Kammerspiele

(26.9.2013) Der Kulturausschuss des Stadtrats hat heute einstimmig dem Vorschlag des Kulturreferenten Dr. Hans-Georg Küppers zugestimmt, Matthias Lilienthal ab der Spielzeit 2015/2016 als Nachfolger von Johan Simons zum neuen Intendanten der Münchner Kammerspiele zu ernennen. Der 53-jährige gebürtige Berliner soll den bisherigen erfolgreichen Weg des Theaters fortsetzen und die Internationalisierung sowie die Öffnung in die Stadt weiter entwickeln.

Als Dramaturg am Theater Basel arbeitete Matthias Lilienthal 1988 bis 1991 unter der Intendanz von Frank Baumbauer. Von 1991 bis 2000 brachte Lilienthal als stellvertretender Intendant und Chefdramaturg die Volksbühne Berlin unter der Intendanz von Frank Castorf an die Spitze der Theaterlandschaft. Als künstlerischer Leiter von „Theater der Welt 2002“ in Bonn, Düsseldorf, Köln und Duisburg entwickelte er erstmals das Format „X Wohnungen“, das seither auch für Berlin, Caracas, Istanbul, São Paulo, Warschau, Johannesburg und Beirut adaptiert wurde. Von 2003 bis 2012 war Matthias Lilienthal künstlerischer Leiter und Geschäftsführer der neuen Hebbel Theater GmbH in Berlin mit den Spielstätten HAU 1, HAU 2 und HAU 3 (Hebbel am Ufer) und definierte dort institutionalisierte freie Theaterarbeit neu. Unter seiner Leitung erhielt das HAU zahlreiche Auszeichnungen, wurde zweimal Theater des Jahres. Verschiedene Produktionen erhielten Einladungen zum Berliner Theatertreffen.

Derzeit bereitet Matthias Lilienthal das 2014 in Mannheim stattfindende Festival Theater der Welt als künstlerischer Leiter vor.

Pressekontakt: Pressestelle des Kulturreferats der Landeshauptstadt München, Telefon 2 33-2 60 05, oder presse.kulturreferat@muenchen.de

Vergabe der städtischen Theater- und Tanzförderung

(26.9.2013) Der Kulturausschuss der Landeshauptstadt München hat in seiner heutigen Sitzung im Bereich Theater die Vergabe von zwei Debütförderungen in Höhe von jeweils 12.000 Euro an Antonia Beermann für das Theaterkollektiv „What you see is what you get“ und Benno Heisel beschlossen. Im Bereich Tanz gehen die ebenfalls mit 12.000 Euro dotierten Debütförderungen an Judith Hummel und Mey Sefan. Drei mit jeweils 4.000 Euro dotierte Arbeits- und Fortbildungsstipendien im Bereich Tanz werden an Stephanie Felber, Katrin Schafitel und Dali Touiti ausgereicht. Mit der Debütförderung sollen konkrete erste professionelle Arbeitsprojekte gefördert werden. Durch die Arbeits- und Fortbildungsstipendien erhält die freie Tanz- und Theaterszene die Möglichkeit, sich in ihrer Disziplin weiterzubilden oder an einem neuen Konzept zu arbeiten.

Der Kulturausschuss folgte damit der Empfehlung einer Jury, die ihre Entscheidung wie folgt begründete:

Debütförderung im Bereich Theater in Höhe von 12.000 Euro:

- **„Antonia Beermann:** *„Die Brunft“ – eine theatrale Recherche zu Pick-Up-Artists von ‚What you see is what you get‘ GbR“*
Das Theaterkollektiv ‚What you see is what you get‘ und hier stellvertretend Antonia Beermann – will sich in einer aktuellen kritisch-theatralen Recherche mit dem Thema und dem aktuellen Bild der ‚Pick-Up Artists‘ – auch aus dem Blickwinkel der Subkultur – auseinandersetzen. Plattform und Bühne für die theatrale Recherche und Umsetzung ist der Club ‚Rote Sonne‘ in München.“
- **Benno Heisel:**
„Benno Heisel geht in seinem medienarchäologischen Projekt ‚Artefakt‘ der Entwicklung des Schattenspiels im Theater der letzten zwei Jahrhunderte auf den Grund. Ausgangspunkt ist die literarische und theatrale Auseinandersetzung mit dieser Ästhetik seit der Romantik, kombiniert mit einer – bislang wenig bekannten, von Heisel dramaturgisch gut recherchierten – lokalen Schattentheater-Tradition der Schwabinger Bohème um 1900, bis hin zu zeitgenössischen Medientechnologien mit 3-D-Experimenten.“

Debütförderung im Bereich Tanz in Höhe von 12.000 Euro:

- **„Judith Hummel** *arbeitet in ihrem Projekt ‚Tracing, remembering, finding poses from Olympia, Venus and ourselves‘ an der Schnittstelle von performativer und bildender Kunst. Komposition und Abstraktion von Körperkonstellationen sollen, jenseits der Arbeiten von Vanessa Beecroft, jedoch angelehnt an Gemälde von Manet, Giorgione und Cranach, mit Performerinnen als performativer Akt in Szene gesetzt werden. Stille und Verzögerung der Bewegung will Judith Hummel am*

Zusammenspiel mit Klang, Schattenspiel und Raumstrukturen, die der Verletzlichkeit ausgestellter Nacktheit eher kontrastiv entgegenstehen, ausloten.“

- *„**Mey Sefan** wird in ihrem Projekt ‚WANTED!‘ orientalische wie okzidentale Ästhetiken, Wahrnehmungsgewohnheiten, Klischees konfrontieren, Abläufe von Zusammenbrüchen, Zerstörung und Vertreibung darstellen. Der Prozess, kulturelle Eigenheiten zu entschlüsseln, die innere Logik von Traditionen und Praktiken aufzuzeigen und deren klischiertes Zerrbild zu brechen, ist eine zentrale Aufgabe des künstlerischen Vorgehens von ‚WANTED!‘*

Arbeits- und Weiterbildungsstipendien im Bereich Tanz in Höhe von jeweils 4.000 Euro:

- *„Die Tänzerin, Choreografin, Foto- und Videografin **Stephanie Felber** untersucht in ihren eigenen Projekten die Schnittstelle zwischen bildender und darstellender Kunst, wobei die Auseinandersetzung mit dem Körper zentral steht. An einem Wendepunkt ihrer eigenen Forschungsarbeiten möchte sie verschiedene Techniken und Lehrer ausprobieren, die zwischen Performance, Meditation und Bildtheorie angesiedelt sind. Mit dem Stipendium setzt sie ihre offene Suchbewegung fort, die Zwischenräume in der Bewegungserforschung, Wahrnehmung und Rezeption erkundet.“*
- *„Die Tänzerin **Katrin Schafitel** wird mit dem Stipendium die eigene choreografische Handschrift in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Künstlern schärfer herausarbeiten: Bei dem Choreografen und Regisseur Hans van den Broeck in Brüssel zum Thema ‚Video/ Körper‘; in Stockholm wird sie an einem Kompositions-Workshop bei Jefta van Dinther teilnehmen; den Regisseur Andreas Kriegenburg wird sie bei der Inszenierung der Oper ‚Soldaten‘ begleiten.“*
- *„Der Tänzer und Choreograf **Dali Touiti** wird für seine künstlerische Weiterentwicklung einer Einladung als „Artist in Residence“ am Pariser Zentrum Micadanses folgen und die dortigen Präsentations- und Austauschmöglichkeiten wahrnehmen.“*

Der Jury Freie Theatergruppen gehören als Fachjurymitglieder an: Professor Cornel Franz (Bayerische Theaterakademie), Hermann Hiller (Architekt), Dr. Katharina Keim (Theaterwissenschaftlerin), Professorin Dr. Anke Roeder (Theaterwissenschaftlerin), und Christiane Wechselberger (Theaterkritikerin) sowie aus dem Stadtrat Haimo Liebich, Regina Salzmann (beide SPD), Dr. Florian Roth (Die Grünen/Rosa Liste), Dr. Evelyne Menges und Otto Seidl (bei CSU).

Der Jury zur Ermittlung der Vergabevorschläge im Bereich Tanz gehören als Fachjurymitglieder an: Robert Hofmann (Leiter i-camp), Ludger Lamers (Choreograf), Dr. Michael Ott (Universität München), Christina Ruf (Theaterregisseurin) und Katja Werner (Tanzkritikerin) sowie von Seiten des Stadtrates Dr. Ingrid Anker, Monika Renner (beide SPD), Thomas Niederbühl (Die Grünen/Rosa Liste), Dr. Evelyne Menges und Dr. Reinhold Babor (beide CSU).

Die ausführlichen Jurybegründungen und Informationen zur Förderung sind unter www.muenchen.de/kulturfoerderung abrufbar.

Josephsplatz: Bäume müssen dem Baufortschritt weichen

(26.9.2013) Der Bau der Anwohner Tiefgarage auf dem Josephsplatz geht voran. Gut die Hälfte der etwa 180 vorgesehenen Bohrpfähle konnte seit Beginn der Maßnahme Ende Juli gesetzt werden; die Bohrpfahlarbeiten sind Ende des Jahres abgeschlossen. Anfang der Woche war das Bohrgerät so nah an den nordöstlichen Rand der Tiefgaragenumfassung herangerückt, dass heute planmäßig die dort noch verbliebenen Bäume gefällt werden müssen. Fachleute des Baureferates hatten dem Bezirksausschuss und der Öffentlichkeit bereits in der Planungsphase des Projektes mehrfach die Notwendigkeit dieser Maßnahme erläutert.

Das Baureferat weist erneut darauf hin, dass die heutige Maßnahme im Rahmen der bestehenden Baugenehmigung grundsätzlich zulässig ist; dies hat die Untere Naturschutzbehörde so ausdrücklich bestätigt. Jeder der sechs Bäume wird jedoch nur dann gefällt, wenn dies artenschutzrechtlich gesichert möglich ist. Das Baureferat hat deshalb veranlasst, dass ein Sachverständiger die Bäume unmittelbar zuvor auf möglicherweise dort nistende geschützte Tiere untersucht.

Nach Abschluss aller Rohbauarbeiten (voraussichtlich Ende 2014) kann parallel zum Innenausbau damit begonnen werden, die Oberfläche neu zu gestalten. Selbstverständlich werden nach Abschluss der Bauarbeiten neue Bäume und Sträucher gepflanzt; der Josephsplatz wird wieder zu einem attraktiven Treffpunkt gestaltet. Bereits 2009 fand dazu ein Workshop statt, dessen Ergebnisse der Öffentlichkeit sowie dem BA und dem Stadtrat vorgestellt wurden. Derzeit erarbeitet das Baureferat auf Basis dieser Workshop-Ergebnisse die Entwurfsplanung.

Interkulturelles Festival Ander Art auf dem Odeonsplatz

(26.9.2013) Die Stadt München lädt zur Wiesn-Zeit traditionsgemäß wieder zum interkulturellen Festival Ander Art auf dem Odeonsplatz ein – in diesem Jahr am Freitag, 27. September. Ander Art stellt jene Aspekte einer kulturell reichen Gesellschaft ins Zentrum, die die kulturelle Vielfalt Mün-



chens ausmachen. Von 12 bis 22 Uhr gibt es bei freiem Eintritt und jedem Wetter vor der Feldherrnhalle ein Programm mit Musik, Kabarett, Film, Kunst und Aktion für Groß und Klein. Die Besonderheit des diesjährigen Festivals beginnt, wenn es am Odeonsplatz bereits offiziell vorbei ist – ab 22 Uhr mit einer Clubnacht im Einstein-Kulturzentrum, Einsteinstraße 42, bei ebenfalls freiem Eintritt.

Bei Ander Art steht Musik aller Richtungen im Mittelpunkt. Auf der großen Open-Air-Bühne vor der Feldherrnhalle gibt es bayerische Weltmusik, Hip-Hop, Gipsy-Beat oder Funk-Soul mit Donnerbalkan, Michaela Dietl & Laye Mansa, der Münchner Rapperin Ebow X & Band, Pico, des Singer-Songwriter Marilibus, Ami Warning und „!Deladap“. Senay Duzcu, die erste weibliche türkische Stand-up-Comedian in Deutschland, lädt mit herzerfrischender Ironie zu neuen Sichtweisen und bringt Bewegung in die interkulturelle Diskussion. Moderiert wird der Bühnen-Marathon von Özlem Sari-kaya vom Bayerischen Fernsehen.

Im weiteren Programm finden unter anderem in der Theatinerkirche Märchenstunden für Kinder statt. In den Kunst- und Aktionszelten rund um den Odeonsplatz bietet die Münchner Stadtbibliothek Einblicke in die Sprachen der Welt. In Kooperation mit der Hochschule für Fernsehen und Film München und mit Prix Jeunesse präsentiert Ander Art Kurzfilme und preisgekrönte Kindersendungen. Ebenfalls um Film geht es bei der Färberei und dem Multikulturellen Jugendzentrum: Gemeinsam starten sie ein Animationsfilm-Projekt. Die Villa Waldberta, das internationale Künstlerhaus der Stadt München, und das Ebenböckhaus informieren über städtische Artist-in-Residence-Programme. Stipendiaten der Villa Waldberta zeigen ihre Werke. Im Kulturzelt von Konfuzius – dem chinesischen Kulturinstitut gewinnt man bei Kalligraphie und Tuschkmalerei Einblick in die chinesische Tradition und Inge Hanafi bietet japanische Papierfaltkunst zum Mitmachen an. Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München informiert über Aktuelles und steht als Ansprechpartner für Fragen zum Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und ausländerpolitische Anliegen bereit. Das ausführliche Programm ist unter www.muenchen.de/anderart sowie in den unter anderem in der Stadt-Information im Rathaus ausgelegten Programmheften einsehbar.

Ander Art wird am Freitag, 27. September, um 13 Uhr vor der Feldherrnhalle mit Bürgermeisterin Christine Strobl, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Pater Johannes Weise, Kirchenrektor der Theatinerkirche, und Nükhet Kivran, Vorsitzende des Ausländerbeirats eröffnet.

Ander Art ist eine Veranstaltung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München mit Unterstützung durch den Ausländerbeirat und das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration (Stelle für interkulturelle Arbeit).

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(26.9.2013) Die 249. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 1. Oktober, ab 16 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt.

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

1. Projekt: „MK 4 Am Hirschgarten“
Wohntürme an der Wilhelm-Hale-Straße/Friedenheimer Brücke
2. Arcisstraße 68 - 74
Neubau eines Umspannwerks (Umspannwerk Schwabing) mit städtebaulichem Konzept
3. Marienplatz 22
Umbau eines Geschäftsgebäudes mit Fassaden-Neugestaltung (Hugendubel)
4. Türkenstraße 3 - 7
Neubau zweier Bürogebäude mit gemeinsamer zweigeschossiger Tiefgarage
5. Einsteinstraße 7 - 10
Neubau Forschungsgebäude für Translationale Onkologie (TranslaTUM) Klinikum rechts der Isar

Wahl-Nachlese mit Professor Dr. Heinrich Oberreuter

(26.9.2013) Im „Super-Wahljahr“ 2013 wurden im September kurz hintereinander der Bayerische Landtag und der Bundestag neu gewählt. Wie hat sich dadurch die politische Landschaft verändert? Was bedeutet der Ausgang der Wahlen für die Zukunft Bayerns und Deutschlands? Wie wirkt das Wahlergebnis der Bundestagswahl auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten Deutschlands innerhalb der Europäischen Union? Diesen und weiteren Fragen geht Politikwissenschaftler Professor Dr. Heinrich Oberreuter in seiner Wahl-Nachlese am Dienstag, 1. Oktober, um 19 Uhr in der Black Box im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, nach. Die Veranstaltung findet auf Einladung des Europe Direct Informationszentrums München & Oberbayern in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern statt. Der Eintritt ist frei.

Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig mit Förderung der Europäischen Kommission.



Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 10

(26.9.2013) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 10 (Moosach) am Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr, in die Aula des Schulzentrums, Gerastraße 6, 80992 München, zu einer Bürgerversammlung des 10. Stadtbezirkes ein.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und die Bezirksausschussvorsitzende Johanna Salzhuber über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Räume für VHS-Stadtteilzentrum (Bauberger Straße)
2. Verlegung des Busbetriebshof der Verkehrsbetriebe von Laim nach Moosach
3. Möglicher Abriss und Neubau ASZ und Pflegeheim Manzostraße
4. Sanierung Schulzentrum Gerastraße
5. Generalsanierung Westfriedhof
6. Umbau Kreuzung Allacher Straße/Wintrichring
7. Fertigstellung Memminger Platz (Sachstand)
8. Busverlängerung Linie 143 über Andernacher-/Ehrenbreitsteiner Straße statt einer Buslinie 50 (Sachstand)
9. Ausbau Einmündung Riesstraße/Georg-Brauchle-Ring
10. Beauftragte gegen Rechtsextremismus

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Nord der Bezirksausschüsse 9, 10, 11 und 24, Ehrenbreitsteiner Straße 28a, 80993 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder



das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Johanna Salzhuber.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 15

(26.9.2013) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 15 (Trudering – Riem) am Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr, in das Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32, 81825 München, zu einer Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes ein. Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Dr. Stephanie Hentschel über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Planungen
 - Bebauungsplan Messestadt Ost
 - Bebauungsplan Nr. 1728 d Teil 2 (Industriepark West)
 - LASIE Entwicklungsgebiet Nordost – verkehrliche Erschließung
 - Bebauung des Piederstorfer Geländes in Perlach (Kiesgrube)
2. Verkehr
 - Umfahrung Kirchtrudering
 - verkehrliche Entwicklung im Stadtbezirk
 - Geschwindigkeitsübertretungen/Kontrollen
 - Sicherheit für Radfahrer
3. Soziales
 - allgemeine Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche im Stadtbezirk
 - Jugendliche auf öffentlichen Plätzen (Lärm etc.)
4. Schulsituation
 - gymnasiale Versorgung Münchner Osten/Messestadt
 - Versorgung mit Real- und Grundschulen im Stadtbezirk
 - Mittagsbetreuung/Hortplätze im Stadtbezirk

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Licht-



bildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Dr. Stephanie Hentschel.

Vortrag „Meine erste Eigentumswohnung“ im Bauzentrum

(26.9.2013) Der Kauf einer Immobilie ist eine große Investition, die meist lange überlegt wird. Wie man den Immobilienkauf angeht, wie der tatsächliche Kaufpreis ermittelt wird und welche Kosten auf den ersten Blick oft übersehen werden, erklärt Betriebswirt Bernd Schwarz am Dienstag, 1. Oktober, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10. In seinem Vortrag „Meine erste Eigentumswohnung“ spricht er auch die Lage von Immobilien an sowie die Möglichkeiten der Finanzierung. Der Eintritt ist frei.

Ausstellung im Jüdischen Museum München

(26.9.2013) Lange Zeit waren Konversionen begleitet von Zwang, sozialem Druck und forcierter Assimilation. Das galt nicht zuletzt für die Konversion vom Judentum zum Christentum. Heute gelten Religionsübertritte als freie Entscheidung. Doch Konversionen verlaufen auch in der Gegenwart keineswegs konfliktfrei, ja sie berühren neue Tabus und offene Fragen. Das Recht auf Konversion, also der Übertritt zu einer anderen Glaubensgemeinschaft ist, wie die Religionsfreiheit, ein Menschenrecht.

Am Dienstag, 1. Oktober, um 19 Uhr wird im Jüdischen Museum am St.-Jakobs-Platz die Ausstellung „Treten Sie ein! Treten Sie aus! Warum Menschen ihre Religion wechseln“ eröffnet. Die Ausstellung erzählt vom unterschiedlichen Umgang der Religionen mit dem Thema Konversion, von der Vielfalt der individuellen Motive, von Ritualen, von Konvertiten und ihren Dramen – quer durch Zeiten und Räume Europas. Bekannte Persönlichkeiten wie Heinrich Heine, Edith Stein und Gustav Mahler werden ebenso beleuchtet wie Unbekannte, deren exemplarische Erzählungen den Blick auf die alltägliche und unspektakuläre Dimension der langen Geschichte der Konversion lenken.

Die Ausstellung ist vom Mittwoch, 2. Oktober 2013, bis einschließlich Sonntag, 2. Februar 2014, im Jüdischen Museum München, St.-Jakobs-Platz 16, täglich (außer Montag) von 10 bis 18 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Weitere Informationen im Internet unter www.juedisches-museum-muenchen.de und www.juedisches-museum-blog.de oder per Telefon unter 2 33-9 60 96.

Podiumsdiskussion: Kinder brauchen Bücher

(26.9.2013) Die Münchner Stadtbibliothek lädt am Dienstag, 1. Oktober, um 18.30 Uhr im Gasteig, Ebene 1.1, Rosenheimer Straße 5, zur Podiumsdiskussion mit dem Titel „Kinder brauchen Bücher – Lesen im Zeitalter digitaler Medien“ ein. Die Illustratorin Rotraut Susanne Berner, der Autor und BR-Journalist Nikolaus Nützel und die Verlegerin Monika Osberghaus (Klett Kinderbuch) diskutieren folgende Themen: „www und ebooks oder doch ein Buch aus Papier?“ und „Die digitalen Medien spielen eine immer größerer Rolle in den Kinderzimmern. Brauchen unsere Kinder noch Bücher?“. Das Podiumsgespräch moderiert Niels Beintker (BR). Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit der Buchhandlung Waldmann. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Nähere Informationen unter www.muenchner-stadtbibliothek.de oder bei Sabine Schumann, Münchner Stadtbibliothek, Schulbibliothekarische Arbeitsstelle, Telefon 4 80 98-34 26.



Multimedia-Installation von Erin Leland in der Galerie Weltraum

(26.9.2013) Erin Leland, Stipendiatin der Villa Waldberta, das internationale Künstlerhaus der Stadt München, zeigt in der Galerie Weltraum, Rumfordstraße 26, vom Samstag, 28. September, bis Dienstag, 1. Oktober, 17 bis 20 Uhr, eine Multimedia-Installation, die den Betrachter in die Perspektive eines Tauchers, der ein versunkenes Schiff entdeckt, hineinversetzt. Die New Yorker Künstlerin beschreibt mittels Fotografie, Video und Text, Phänomene, die zwischen dem Öffentlichen und dem Privatem changieren. Die Vernissage findet am Freitag, 27. September, um 19 Uhr statt. Der Eintritt ist frei. Ausführliche Informationen zur Villa Waldberta und ihren Gästen unter www.villa-waldberta.de



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 26. September 2013

Gewährung von Schulwegkosten für Schüler an privaten Ganztagschulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 13.6.2013

Wohnungslosigkeit im Blick behalten

Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Linke) vom 29.5.2013

Hitzeschäden an Gleisen und Weichen der Münchner S-Bahn – Fakten und Vorkehrungen

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.6.2013

Ungereimtheiten bei der Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in München

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.7.2013

Grundrechte beachten: Lasst Stürzenberger reden – KVR-Auflagen zurücknehmen!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.6.2013

Geruchsbelästigung durch Tierhaltung im Rechts der Isar – was kann die Stadt tun?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.8.2013



Gewährung von Schulwegkosten für Schüler an privaten Ganztagschulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 13.6.2013

Antwort Schulreferat:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb die Beantwortung auf diesem Weg erfolgt.

Zu Ihrem Antrag vom 13.06.2013 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Zu 1:

Die Landeshauptstadt München gewährt – wie in der Vergangenheit – die Schulwegkosten für Schüler an Privatschulen.

Antwort:

Grundsätzlich besteht nach den landesrechtlichen Regelungen (§ 1 Abs. 1 Schülerbeförderungsverordnung – SchBefV – i. V. m. Art. 2 Abs. 2 Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SchKfrG-) Beförderungspflicht für Schülerinnen und Schüler nicht nur zu öffentlichen Realschulen, Gymnasien, Berufs- und Berufsfachschulen sowie Wirtschaftsschulen, sondern auch zu den privaten genannten Schularten.

Voraussetzungen hierfür sind, dass

- diese staatlich anerkannt sind (nicht staatlich genehmigt),
- der Schulweg fußläufig von der Wohnung der Schülerin oder des Schülers bis zur besuchten Schule mehr als drei Kilometer (ab der 5. Jahrgangsstufe) beträgt und
- eine entsprechende öffentliche Schule nicht näher liegt, die entweder zu Fuß oder mit geringerem Aufwand (geringerer Fahrpreis gegenüber der besuchten Schule) erreichbar ist.

Die privaten Schulen wurden somit nicht anders behandelt als die öffentlichen Schulen, wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt waren. Ihr Antrag, Schülerinnen und Schüler zu allen Privatschulen generell kostenfrei zu befördern, würde somit den Regelungen des Gesetz- und Verordnungsgebers (Freistaat Bayern) widersprechen.

zu 2:

Eine Kürzung der Erstattung der Schulwegkosten für Schüler an privaten Ganztagschulen, die theoretisch eine näher gelegene öffentliche oder private Ganztagschule besuchen könnten, erfolgt nicht.

Antwort:

Erfüllen die Schülerinnen oder Schüler die Voraussetzungen für die Schülerbeförderung zu ihren privaten, staatlich anerkannten Schulen (siehe Antwort 1.), werden ihnen auch die notwendigen Kosten (nicht für schulfreie Tage) für den Schulweg erstattet (Art. 3 Abs. 2 SchKfrG i. V. m. § 4 SchBefV). Eine Kürzung der Erstattung der Fahrtkosten ist nicht vorgesehen, wenn das Schulkind grundsätzlich die Voraussetzung entsprechend der Schülerbeförderung erfüllt.

Für den Fall, dass eine Schülerin oder ein Schüler nicht die nächstgelegene Schule besucht, können nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht anteilmäßig die Beförderungskosten zur nächstgelegenen Schule übernommen werden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Wohnungslosigkeit im Blick behalten

Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Linke) vom 29.5.2013

Antwort Sozialreferat:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Sie beantragen, das Sozialreferat soll dem Stadtrat und der Münchner Öffentlichkeit monatlich die aktuellen Zahlen der Wohnungslosigkeit veröffentlichen. Das Sozialreferat kommt grundsätzlich mehrmals jährlich dieser Berichtspflicht nach. Bei der Forderung nach einer noch häufigeren Berichterstattung, die entsprechende personelle Ressourcen bindet, handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 29.05.2013 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Die Information des Stadtrates erfolgt im Rahmen des Steuerungsberichts zum Stand 30.06. sowie des Geschäftsberichtes zum Stand 31.12. jeden Jahres. Hier werden sowohl die jeweiligen Kennzahlen und Leistungsmengen der betroffenen Produkte des Amtes für Wohnen und Migration im Controllingbericht als auch weitere Angaben dazu in München Sozial veröffentlicht.

Außerhalb dieser Termine erfolgt die Information des Stadtrates **in der Regel** mit jeder Beschlussvorlage in den jeweiligen Produkten. Das aktualisierte Produktdatenblatt ist fester Bestandteil der Beschlussvorlage für den Sozialausschuss bzw. die Vollversammlung.

Über aktuelle Beschlüsse und Entwicklungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe (Anzahl der Wohnungslosen im Sofortunterbringungssystem, Anzahl der betroffenen Kinder, Anzahl der Räumungen und der verhinderten Räumungen) wird regelmäßig in verschiedenen Gremien laufend informiert, so zum Beispiel in der Facharbeitsgemeinschaft Bewohnerarbeit und Wohnungslosenhilfe oder in der Arbeitsgruppe Wohnungslosigkeit. In diesen Gremien sitzen alle Verbände und Träger der organisierten Wohnungslosenhilfe in der Landeshauptstadt München.



Eine zusätzliche monatliche Berichterstattung neben den vorhandenen Informationskanälen, verbunden mit einer umfangreichen Abfrage aller beteiligten Dienststellen und Verbände, erscheint unverhältnismäßig und würde einen erheblichen Mehraufwand für das Personal bedeuten. Die derzeitigen Datenmeldungen sind nach unserer Einschätzung vollumfänglich ausreichend.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Hitzeschäden an Gleisen und Weichen der Münchner S-Bahn – Fakten und Vorkehrungen

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.6.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 20.06.2013 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

Aufgrund der notwendigen Einholung einer externen Stellungnahme der zuständigen Deutsche Bahn Netz AG war eine Behandlung in der geschäftsordnungsgemäßen Frist leider nicht möglich.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Kältebedingte Beeinträchtigungen beim Münchner S-Bahn-Verkehr sind seit vielen Jahren bekannt und ein leidiges Thema. Dieser Tage nun sorgen auch Nachrichten über hitzebedingte Schäden an Gleisen und Weichen der Münchner S-Bahn für Gesprächsstoff. Am 17. und 18.06. fielen Medienberichten zufolge jeweils rund 20 Weichen im Münchner S-Bahn-Verkehr aus, was zu Zugausfällen und teilweise erheblichen Verspätungen führte. – Es stellen sich Fragen.“

Zu Ihren Fragen hat die Deutsche Bahn Netz AG (DB AG) mit Schreiben vom 13.08.2013 Folgendes ausgeführt:

Frage 1:

Waren auch Weichen des S-Bahn-Verkehrs im Münchner Stadtgebiet betroffen?

Antwort der DB AG:

„Bei einem Umfang von ca. 3300 Weichen im Raum München wurden an 21 Weichen zwischen dem 30.06.2013 und dem heutigen Tage Störungen wegen Hitze erfasst. Ursachen hierfür sind teilweise Längenausdehnungen der Prüferstangen.

Da noch etwa 40% der Weichen ohne Zungenrollvorrichtungen sind, gibt es bei diesen Weichen Probleme mit der Schmierung der Gleitstuhlplatten. Dies führt bei Hitze, Regen bzw. Kälte zu Beeinträchtigungen beim Umstellvorgang. Abhilfe erfolgt durch den Einbau von Zungenrollvorrichtungen. Diese werden im Zuge von Erneuerungsmaßnahmen bzw. dem Oberbauprogramm eingebaut.“

Frage 2:

Kam es zu hitzebedingten „Gleisverwerfungen“ auch im Münchner Stadtgebiet?

Antwort der DB AG:

„Im Bahnhof Grafing und auf der Strecke zwischen Perlach – Giesing kam es zu hitzebedingten Gleisverdrückungen. Ebenfalls gab es einen thermischen Gleislagefehler im Bahnhof Pasing. Es ist jedoch dringend auf die Wortwahl zu achten, da wir keine Gleisverwerfungen hatten, sondern nur Gleisverdrückungen und thermische Gleislagefehler.“

Frage 3:

Welche technischen oder anderweitigen Möglichkeiten kommen in Betracht, um künftigen Ausfällen von Weichenanlagen durch Hitzeeinwirkung vorzubeugen?

Antwort der DB AG:

„Durch die Einarbeitung neuer Verschlussarten wurden bereits Vorkehrungen getroffen, um extreme Temperaturunterschiede technisch auszugleichen. Diese gleitenden bzw. Klinkenverschlüsse wurden bereits an den meisten betriebswichtigen Weichen eingebaut. Weitere Umrüstungen erfolgen zeitnah.

Eine Minimierung der Störungen bei Veränderungen der Prüferstangen ist technisch nicht möglich. Hier müsste im Vorfeld der Wetterlage bei extremer Hitze oder Kälte durch das Personal die Einstellung der Prüfer regelmäßig korrigiert werden. Das ist nicht praktikabel.“

Frage 4:

Während Weichenanlagen zum Schutz gegen Kälte mit Heizvorrichtungen ausgestattet sind, fehlt offenbar ein entsprechender Schutz gegen ungewöhnliche Hitze und ihre Folgen. Inwieweit wird bei MVG bzw. DB AG über Lösungen nachgedacht?

Antwort der DB AG:

„Eine Kühlanlage für die Weichen ist nicht vorgesehen, da dies gemessen am Störaufkommen (siehe Antwort zu Frage 1) nicht verhältnismäßig wäre. Wir halten die unter 3. aufgeführten Maßnahmen für ausreichend.“
Die MVG wurde zum Thema der Hitzeschäden an Gleisen und Weichen der Münchner S-Bahn nicht befragt, da sie nicht betroffen ist.

Ungereimtheiten bei der Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in München

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.7.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 10.07.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Einer Pressemitteilung der Regierung von Oberbayern vom 28.06.2013 zufolge werden bis zu 90 Prozent der in der Landeshauptstadt München eintreffenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ,sofort in der Jugendhilfe der Landeshauptstadt untergebracht. Die Regierung von Oberbayern bemüht sich ebenso wie die Landeshauptstadt München und zahlreiche weitere Jugendämter in ganz Bayern intensiv um neue und frei werdende Jugendhilfeplätze, um auch den 16 bis 18-Jährigen so rasch wie möglich die strukturierte Angebote der Jugendhilfe zu bieten. Allerdings ist festzustellen, dass außerhalb Münchens freiwerdende Plätze vielfach nicht angenommen werden.’

Die Regierung von Oberbayern teilt weiters u.a. mit: ,Alle Gemeinschaftsunterkünfte, also insbesondere Bäder und Toiletten werden auch in Haus 58 (auf dem Areal der ehemaligen Bayernkaserne; KR) täglich durch ein privates Unternehmen gereinigt und sind in einem sauberen Zustand.’ (Quelle: <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/medien/archiv/2013/09610/>)“

Zu Ihrer Anfrage vom 10.07.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie kann es sein, dass „außerhalb Münchens freiwerdende Plätze vielfach nicht angenommen werden“? Was wird hiergegen durch die LHM, die Regierung von Oberbayern, durch Jugendamt, Vormünder etc. unternommen?

Antwort:

Dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) aus der Erstaufnahmeeinrichtung für umF in der Landeshauptstadt München in Einrichtungen der Jugendhilfe bayernweit verlegt werden, ist ein noch neues – vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen – initiiertes Verfahren. Zwischen den in der Frage genannten beteiligten

Institutionen ist ein auf Erfahrungen gestütztes und zielführendes Verfahren dazu vereinbart. Dieses sieht eine partizipative Beteiligung der Jugendlichen an der Entscheidung über den Verlegungsort vor. Auf diese Weise konnten aktuell schon sehr viele Jugendliche außerhalb Münchens verlegt werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Verfahren weiter etabliert und damit auch die Jugendlichen mögliche Vorbehalte abbauen.

Frage 2:

Inwieweit werden die untergebrachten jugendlichen Flüchtlinge, die laut Regierung von Oberbayern „keinen Ausgehbeschränkungen“ unterliegen, Kontrollen auf Alkohol- und Drogenkonsum unterzogen?

Antwort:

Diese Frage ist an die die Einrichtung betreibende Regierung von Oberbayern zu stellen.

Frage 3:

Laut der zitierten Pressemitteilung der Regierung von Oberbayern hat die „für die Sozialbetreuung der jugendlichen Flüchtlinge zuständige Innere Mission München (IMM) (...) leider der Regierung von Oberbayern offenbar dort vorhandene Hinweise auf übermäßigen Alkohol- und Drogenkonsum nicht gegeben.“ Was unternimmt die Stadt München, der dieser Sachverhalt bekannt ist, um diese völlig inakzeptable Informationsverweigerung durch die IMM abzustellen?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München hat keinen Einfluss auf die Kommunikation und Arbeitsabläufe zwischen der die Einrichtung betreibenden Regierung von Oberbayern und der IMM.

Frage 4:

Die Vormünder der jugendlichen Flüchtlinge werden laut der zitierten Pressemitteilung vom Stadtjugendamt der Stadt München bestellt. Um wen bzw. welche Institutionen, Verein etc. handelt es sich dabei? Welche Kosten erwachsen durch die Wahrnehmung des Erziehungsauftrags durch die Vormünder – konkret: im Jahr 2012? Von wem werden diese Kosten bestritten, LHM, Regierung von Oberbayern oder Freistaat Bayern?

Antwort:

Die Auswahl und Bestellung der Vormundschaft erfolgt nicht durch das Stadtjugendamt München, sondern durch das Familiengericht. Vormund-

schaften für umF werden in der Landeshauptstadt München durch das Stadtjugendamt München selbst sowie durch verschiedene freie Träger geführt, in Einzelfällen auch durch hier lebende Verwandte der jungen Menschen. Kostenträger ist die Landeshauptstadt München. Die Kosten für Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betragen im Jahr 2012 rund 1,8 Millionen Euro.

Frage 5:

Warum muss eine tägliche Reinigung der Gemeinschaftsräume, Bäder und Toiletten durch Reinigungspersonal erfolgen? Warum können die Jugendlichen – zumal vor dem Hintergrund der ständig von Medien und Flüchtlingslobby kritisierten mangelnden Freizeitgestaltung und im Hinblick auf ihre künftige Eigenständigkeit – die Reinigung nicht selbst durchführen? Anmerkungen des Fragestellers: kein durchschnittliches Kind in Deutschland bekommt eine Putzfrau vom Staat gestellt.

Antwort:

Diese Frage ist an die die Einrichtung betreibende Regierung von Oberbayern zu stellen.

Frage 6:

Wer ist – Stand: Juli 2013 – der Wohnheimbetreiber der ehemaligen Bayernkaserne, insbesondere von Haus 58?

Antwort:

Die den Betrieb der Unterkunft für Asylbewerberinnen und -bewerber betreffenden Dienstleistungen werden von der Regierung von Oberbayern sowie deren beauftragten Unternehmen erbracht. Die technischen Dienstleistungen (Heizung, Strom, Sanitär, Reparaturen) erfolgen durch ein privates Unternehmen.

Grundrechte beachten: Lasst Stürzenberger reden – KVR-Auflagen zurücknehmen!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.6.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihren Antrag Nr. 08-14/A 04346 vom 19.06.2013 zur Beantwortung überlassen.

Mit Ihrem Antrag haben Sie einen Stadtratsbeschluss gefordert mit dem Ziel, die gegen Herrn Stürzenberger verhängten Beschränkungen bezüglich Redezeit und Dezibelstärke seiner öffentlichen Auftritte sofort außer Kraft zu setzen.

Ihren Antrag begründeten Sie wie folgt:

„Seit geraumer Zeit sammelt der vormalige Pressesprecher der Münchner CSU und derzeitige stellvertretende Bundesvorsitzende der Kleinstpartei ‚Die Freiheit‘, Michael Stürzenberger, im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen auf Münchner Plätzen Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen das von allen etablierten Fraktionen im Stadtrat geförderte Moscheebauprojekt ZIE-M. Es ist absehbar, daß das für die Abhaltung eines Bürgerbegehrens erforderliche Unterschriften-Quorum demnächst erreicht sein wird. Die Münchnerinnen und Münchner werden dann die zu hundert Prozent demokratische Möglichkeit haben, über das in der Öffentlichkeit umstrittene Moscheebauprojekt abzustimmen, – und es womöglich ablehnen.

Offenbar, um Stürzenberger noch in der Zielgeraden auszubremsen, wurden ihm dieser Tage, am Nachmittag des 16.06., vom Kreisverwaltungsreferat empfindliche Auflagen gemacht, die ersichtlich darauf abzielen, die Beibringung weiterer Unterschriften gegen das ZIE-M zu erschweren. So soll Stürzenberger ab sofort nur noch zehn Minuten am Stück sprechen dürfen und dann eine zehnminütige Redepause einhalten. Außerdem wurde die Lautstärke seiner per Lautsprecher übertragenen Redebeiträge drastisch auf ‚Alltagslärm‘ (maximal 65 Dezibel) heruntergedimmt.

Schon unter dem Aspekt der Ausübung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung sind diese Auflagen außerordentlich bedenklich. Vollends inakzeptabel werden sie vor dem Hintergrund in der Presse wiedergegebener Äußerungen des verantwortlichen KVR-Chefs, der sich offenbar von den Maßnahmen erhofft, daß der von ihnen Betroffene gegen sie verstößt:

„Ich wünsche mir, daß er die Gerichte beschäftigen wird.“ Auch die ebenfalls in der Tagespresse zitierte Begründung des KVR-Chefs ist schlechterdings hanebüchen: „Sein Vorgehen ist einfach extrem“ (Zitate nach: www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.auflagenfuer-die-freiheit-stadtbremst-islam-hasser.5ea95309-ec60-4fa8-9ccce3f61d91bb7a.html).

In einem ernstzunehmenden Rechtsstaat sollten solche allzu durchsichtigen und in keiner Weise begründeten Pauschalbewertungen nicht hinreichen, um das grundgesetzlich verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung in hemdsärmeliger Manier zu beschneiden, wie dies im vorliegenden Fall an einem couragierten politischen Oppositionellen praktiziert wird. Die bei anderer Gelegenheit geradezu gebetsmühlenartig beschworene Münchner „Zivilgesellschaft“ sollte die vom KVR verfügten Auflagen, denen das Odium der politischen Willkür anhaftet, deshalb nicht akzeptieren und dem KVR bei nächster Gelegenheit seine Grenzen aufzeigen, indem die gegen Stürzenberger verhängten Gängelungsmaßnahmen kurzerhand wieder außer Kraft gesetzt werden.

Ein Stadtratsbeschuß wäre hierfür ein gangbarer Weg.“

Zu Ihrem Antrag teile ich Ihnen Folgendes mit:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen einen Stadtratsbeschluss, mittels welchem die gegen Herrn Stürzenberger verhängten Beschränkungen des Kreisverwaltungsreferates bezüglich Redezeit und Dezibelstärke seiner öffentlichen Auftritte sofort außer Kraft gesetzt werden.

Der Inhalt des Antrags – Vollzug des Versammlungsrechts – betrifft damit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu den Forderungen in Ihrem Antrag vom 19.06.2013 ist Folgendes festzustellen:

Die Beschränkungen der Versammlungen des Herrn Stürzenberger bezüglich Redezeit und Dezibelstärke sind zum Schutz der umliegenden Bevöl-



kerung vor unzumutbaren Lärmbeeinträchtigungen verfügt worden. Sie wurden am 28.06.2013 durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof im Eilverfahren sowie in der Hauptsache durch das Verwaltungsgericht München am 24.07.2013 gerichtlich bestätigt und werden vom Kreisverwaltungsreferat nicht zurückgenommen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Geruchsbelästigung durch Tierhaltung im Rechts der Isar – was kann die Stadt tun?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.8.2013

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Presseberichten zufolge klagen Anwohner des Krankenhauses Rechts der Isar schon seit Monaten über Geruchsbelästigungen, die durch Tierhaltung im Krankenhausareal hervorgerufen werden. Wie das Klinikum bestätigte, sind für das neue Krebsforschungszentrum Translatum der TU auf 5600 Quadratmetern modernste Labors, Forschungseinrichtungen, aber auch 6000 Mäuse- und 200 Rattenkäfige geplant. In den Käfigen sollen jeweils bis zu sechs ‚genetisch veränderte Nager‘ untergebracht werden. Trotz angeblich neuer Filtertechnologie ist die auftretende Geruchsbelästigung durch die massenhaft zu Versuchszwecken vorgehaltenen Nagetiere immer wieder erheblich. Der Baubeginn für die neuen TU-Liegenschaften wird mit Mitte 2014 angegeben. – Es stellen sich Fragen.“

Zu den Fragen nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters wie folgt Stellung:

Frage 1:

Welche Informationen liegen der Stadt über die in der in Rede stehenden TU-Forschungseinrichtung auf dem Areal des Krankenhauses Rechts der Isar zum Einsatz kommenden Filtertechnologie vor? Das Klinikum verweist auf den „neuesten Stand der Technik“ – inwieweit kann die Stadt beurteilen, ob dies den Tatsachen entspricht?

Antwort:

Es werden Aktivkohlefilter eingesetzt. Für Anwendungen dieser Art entspricht dies dem Stand der Technik.

Frage 2:

Inwieweit kann/will sich die Stadt bei der Regierung von Oberbayern dafür verwenden, dass die geplanten Forschungseinrichtungen – wie vom Haidhauser Bezirksausschuss vorgeschlagen – nach Garching oder andernorts außerhalb der Stadt verlegt werden? Wenn nicht, warum nicht?



Antwort:

Träger des Klinikums rechts der Isar ist der Freistaat Bayern. Für die LHM besteht keine Möglichkeit, auf die Entscheidung des Freistaates Einfluss zu nehmen, zumal der LHM noch keine detaillierten Informationen vorliegen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 26. September 2013

Begrünung von Bahn-Lärmschutzwänden in städtebaulich sensiblen Bereichen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim, Dr. Georg Kronawitter und Manuel Pretzl (CSU)

Mehr Zuwanderer aus Tschetschenien – auch in München?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Manuel Pretzl
Stadträtin Eva Caim

ANTRAG
26.09.13

Begrünung von Bahn-Lärmschutzwänden in städtebaulich sensiblen Bereichen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie an städtebaulich sensiblen Bereichen die im Zuge der Lärmsanierung an innerstädtischen Bahnstrecken entstandenen Einheits-Lärmschutzwände (LSW) begrünt werden können, um die negativen Eingriffe ins Stadt- und Landschaftsbild abzumildern und auch noch einen Beitrag zur lokalen Klimaverbesserung zu leisten.

Begründung:

Mit dem Bau von einigen Kilometern Lärmschutzwänden im Münchner Stadtgebiet (v. a. Untergiesing, Berg-am-Laim, Trudering) durch die DB Netze kommen Zehntausende von Anwohnern an vielbefahrenen Bahnstrecken in den Genuss dieser Form der Lärmsanierung – insbesondere zur Nachtzeit.

Allerdings stellen diese Wände im Münchner Kontext immer eine massive Beeinträchtigung des Stadt- und Landschaftsbildes dar, wie Diskussionen in der Öffentlichkeit und in der Stadtgestaltungskommission belegen.

Diese optischen Beeinträchtigungen werden noch erheblich verschärft, wenn die Außenflächen illegal besprayed werden – was in der Regel schon wenige Tage nach Aufbau der Wandelemente der Fall ist.

Hier wäre eine flächige Begrünung durch geeignete Kletterpflanzen ein Weg, der gleich mehrere Probleme lösen würde: Verbesserung des Stadtbildes, Verhinderung „wilden“ Sprayens und Verbesserung des Mikroklimas und der Biodiversität.

Dass eine Begrünung technisch und rechtlich möglich wäre, zeigt u. a. ein Blick nach Heidelberg /1/, wo die Zustimmung von Anrainern nur durch die Zusage einer Begrünung der LSW-Außenseiten erreicht werden konnte.

Eine Begrünung muss auch nicht aufwendig sein, es könnten z. B. selbstklimmende Pflanzen wie Efeu und Wilder Wein „Veitchii“ (*Parthenocissus tricuspidata*) zum Einsatz kommen oder Pflanzen, die Rankhilfen benötigen wie Wilder Wein und Hopfen. Hier kann sich die LHM auf Vorarbeiten des Freistaats Bayern stützen: bei einem langjährigen Versuch testete die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau 41 Kletterpflanzen auf ihre Eignung zur Begrünung von Lärmschutzwänden. Dabei wurden die einzelnen Arten nicht nur allein bewertet, sondern auch in Kombinationen. Die fünf besten Kombinationen sind in einer online-Tabelle zusammengefasst /2/ .

Quelle

/1/ http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1217263_11/

/2/ <http://taspo.de/uploads/media/Kenndaten.pdf>

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Manuel Pretzl
Stadtrat

Eva Caim
Stadträtin



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
26.09.2013

Mehr Zuwanderer aus Tschetschenien – auch in München?

Erst dieser Tage berichtete die FAZ unter dem Titel „Verroht und hoch aggressiv“ über die Risiken und Nebenwirkungen steigender Zuwandererzahlen aus Tschetschenien. Mehr als 90 Prozent der vorgeblichen „Flüchtlinge“ aus der Russischen Föderation stammen derzeit aus der Kaukasusrepublik Tschetschenien – sage und schreibe rund 11.430 Tschetschenien-Zuwanderer gelangten allein zwischen Januar und Ende August 2013 nach Deutschland (gegenüber rd. 3000 im Vorjahr). Nach FAZ-Angaben müßten allein 2013 rund 7000 illegale Tschetschenien-„Flüchtlinge“ wieder nach Polen überstellt werden – tatsächlich wurden nur 1250 wieder abgeschoben. Viele der Kaukasus-Migranten schließen sich in der Bundesrepublik der Islamisten- und Salafistenszene an und fallen bereits in den Aufnahmelagern häufig durch Rohheits- und Gewaltdelikte auf (Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlinge-aus-tschetschenien-verroht-und-hoch-aggressiv-12574365.html>). – Es stellen sich Fragen nach der Situation in München.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Zuwanderer aus Tschetschenien halten sich derzeit in München auf, a) als Asylbewerber, b) mit anerkanntem Asylantrag, c) mit Bleiberecht?
2. Wie entwickelte sich die Zahl der Zuwanderer aus Tschetschenien in der LHM seit 2011?
3. Inwieweit kann die Stadt – ggf. anhand von Erkenntnissen des bayerischen „Verfassungsschutzes“ - den Trend bestätigen, daß sich Zuwanderer aus Tschetschenien häufig der örtlichen Salafisten- und Islamistenszene anschließen?

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 26. September 2013

Die neuen U-Bahnzüge fahren ab 2014
Pressemitteilung MVG

26.9.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Die neuen U-Bahnzüge fahren ab 2014

Die ersten der insgesamt 21 neuen 6-teiligen U-Bahnzüge sollen statt Dezember 2013 im Laufe des nächsten Jahres in den Fahrgastbetrieb gehen. An der Gesamtplanung, wonach die insgesamt 21 Züge bis 2015 nach und nach in den U-Bahnbetrieb integriert werden, soll sich nichts ändern. Hintergrund des späteren Beginns des Betriebs ist ein zeitlicher Mehrbedarf in der Abwicklung des Projekts. Die ersten Züge sind produziert und befinden sich derzeit auf der Siemens-Teststrecke in Wegberg-Wildenrath im Inbetriebnahmeprozess.

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

Jochen Eickholt, Chef der Siemens-Bahnsparte: „Wir sind Partner in diesem Projekt und setzen alles daran, eines der modernsten U-Bahn-Systeme der Welt so schnell wie möglich in den Fahrgastbetrieb zu bringen.“

Der Herstellungs- und Zulassungsprozess der neuen Züge wurde und wird durch zahlreiche Abstimmungstermine zwischen Siemens, der für die Zulassung zuständigen Technischen Aufsichtsbehörde (TAB) und MVG/SWM als Besteller begleitet. Der umfängliche Zulassungsprozess ist nunmehr, nach Verständigung über die der TAB vorzulegenden Nachweisdokumente, auf einem guten Weg.

MVG-Chef Herbert König: „Die jetzt eingetretene Verzögerung ist für beide Seiten unangenehm, weil wir anders geplant hatten, eigentlich gut unterwegs sind, trotzdem aber nun unseren Fahrgästen die geplante U-Bahnverdichtung erst einige Monate später vollständig zur Verfügung stellen können. Aber im Sinne unserer Kunden ist natürlich selbstverständlich, dass wir nur voll ausgetestete, zulassungs- und einsatzfähige Fahrzeuge übernehmen können. Die Verzögerung beim Einsatzbeginn ist daher letztlich das kleinere Übel.“

Geplant war seitens der MVG ab dem Fahrplanwechsel, die Linie U2 in der morgendlichen Hauptverkehrszeit an Schultagen durch eine Verstärkerlinie zwischen Milbertshofen und Kolombusplatz zu verdichten. Im Abschnitt Hbf. – Kolombusplatz entsteht dadurch zusammen mit den weiteren dort verkehrenden Linien U1 und U7 erstmals in München ein 2-Minuten-Takt. Ferner soll die Linie U7 (Westfriedhof – Neuperlach Zentrum) von bisher 4-Wagen-Zügen auf 6-Wagen-Züge verlängert werden. Beide Maßnahmen zusammen steigern das Platzangebot massiv.

Infolge der verzögerten Einsatzbereitschaft der ersten neuen Züge wird die MVG nun zweistufig vorgehen: Ab dem Fahrplanwechsel soll das Platzangebot der U2 in der morgendlichen Hauptverkehrszeit, also beim größten Fahrgastaufkommen, durch einige Verstärkerzüge zwischen Milbertshofen und Innenstadt erhöht werden, zunächst noch ohne Fahrplanveröffentlichung. Diese Verstärkerzüge werden noch mit dem aktuellen Fahrzeugbestand gefahren. Ebenfalls ab Fahrplanwechsel wird auch bereits das zusätzliche Abfertigungspersonal an den U2-Bahnhöfen Hauptbahnhof und Sendlinger Tor eingesetzt, um den Fahrgastwechsel zu beschleunigen. Sobald dann die ersten neuen Züge im Frühjahr 2014 einsatzbereit sind, sollen die Verstärker zwischen Milbertshofen und Kolombusplatz vollständig in den Fahrplan der U2 integriert sowie die U7-Züge auf 6 Wagen verlängert werden. Damit wird das Platzangebot zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember zumindest zum Teil und im Rahmen der Möglichkeiten erhöht; auch der Personaleinsatz am Bahnsteig wird bereits eingespielt. Alle Fahrpläne werden bereits ab 15.12. so gestaltet, dass die Verstärkerlinie der U2 in 2014 jederzeit, also auch außerhalb eines allgemeinen Fahrplanwechsels, integriert werden kann.